

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
finden in der Morgenausgabe angeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 9 Uhr
Verleger: Dormaria-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Moskau „vollkommen kaltblütig“

Es glaubt, daß die Londoner Regierung sich selbst ihr Grab gräbt.

Moskau, 25. Mai. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) „Iswestija“ nimmt in einem Artikel Stellung zu den Erklärungen Baldwin im Unterhaus und betont, daß die Sowjetunion in vollkommener Kaltblütigkeit die weitere Entwicklung der Dinge abwarten werde. Seit dem Ultimatum Curzons ist die Sowjetunion, so führt das Blatt aus, ein Weltfaktor geworden, und alle Versuche, sie zu isolieren, sind stets gescheitert. Die Bemühungen des Foreign Office, jetzt eine englisch-französische Entente gegen die Sowjetunion zu schaffen, finden unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinen Anklang bei den Führern der französischen Politik. Durch Zerstörung der geschäftlichen und der offiziellen Beziehungen, zu deren Wiederherstellung erneute beträchtliche Anstrengungen und eine langwierige Vorbereitung der verletzten öffentlichen Meinung der Sowjetunion nötig sein werden, arbeitet die konservative Regierung auf ihr eigenes Verderben hin.

Anti-Sowjetstimmung in Frankreich.

Tschitscherin fühlt empfangen. — Die Sowjetpropaganda fördert die deutsch-französische Annäherung.

Paris, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Besuch Tschitscherins bei Poincaré und Briand und die Besprechungen, die er mit ihnen gehabt hat, sind der Presse keinerlei nähere Mitteilungen gemacht worden. Man nimmt nur an, daß der Volkskommissar sich mit Poincaré über die russische Schuldenfrage, mit Briand über die auswärtige Politik Frankreichs den Sowjets gegenüber und speziell die Sowjetpropaganda in Frankreich und dessen Kolonien unterhalten hat. Aber der Ton der gesamten französischen Presse von Mittwoch morgen läßt erkennen, daß Tschitscherin bei den französischen zuständigen Stellen eine

durchaus kühle, wenn nicht ablehnende Aufnahme

gefunden hat. Man verhehlt nicht, daß Frankreich befürchtet, sich einem diplomatischen Manöver der Sowjets gegenüber zu sehen, gerade jetzt, wo es sich durch England bedroht fühlt. Mehrere Blätter betonen, daß, wenn die Politik der Sowjets Frankreich gegenüber nicht von Grund geändert würde, Frankreich über kurz oder lang ebenfalls einem Bruch mit den Sowjets entgegenreife. So billigt der „Matin“ in einem längeren, anscheinend offiziellen Artikel die energische Haltung der englischen Regierung und meint, daß die französische Regierung, sobald sie eine ähnliche Gelegenheit, wie die Arcos-Affäre, aufdecken würde, sofort die Folgen daraus ziehen würde, die sich daraus ergeben. Das Blatt sucht nachzuweisen, daß die Politik der Sowjets nicht nur

innerlich Frankreich zerren

und seine Kolonien vom Mutterlande zu lösen suche, sondern auch Briand in dessen auswärtiger Politik besonders Deutschland gegenüber bei jeder Gelegenheit in die Arme falle. In Deutschland seien zahlreiche Agenten der dritten Internationale seit Monaten am Werk, die Annäherungspolitik Stresemanns Frankreich gegenüber zu untergraben und jegliche Verständigung zwischen Deutschland und den Westmächten unmöglich zu machen. Man sei in Paris darüber durchaus informiert und Briand habe dieses Tschitscherin gegenüber rundweg erklärt.

Tschitscherin hat den Pressevertretern nach seinem Besuch einige Erklärungen abgegeben, in denen er, wie stets, die kommunistische Propaganda abstreift und erklärt, daß gerade Frankreich sich über Rußland nicht zu beklagen habe und daß die Sowjets in keiner Weise weder in Frankreich noch in dessen Kolonien eine antifröhenzische oder Frankreich gefährdende Politik getrieben hätten. In der Schuldenfrage sei Rußland bereit, ein weitgehendstes Entgegenkommen zu zeigen und werde dieses Entgegenkommen „präzisieren“. Die Blätter zeigen sich aber diesen Erklärungen gegenüber außerordentlich skeptisch. Es wurde am Mittwoch abend ausdrücklich erklärt, daß, falls tatsächlich Rußland in der Schuldenfrage ein gewisses Entgegenkommen zeigen würde, der Quai d'Orsay nicht umhin könnte, festzustellen, daß dieses Entgegenkommen erst nach dem Bruch zwischen Rußland und England eingetreten sei.

Kanada will weiter Handel treiben.

Ottawa, 25. Mai. (B.Z.) Das Kabinett wird in einer morgen stattfindenden Sitzung über die Stellungnahme Kanadas zu dem von Baldwin ausgesprochenen Abbruch der englisch-russischen diplomatischen Beziehungen Stellung nehmen. Die Ausfuhr aus Kanada nach Rußland hat während der letzten Jahre dauernd zugenommen. Die Firmen, die mit den Sowjetbehörden in Handelsbeziehungen stehen, drängen bei der Regierung darauf, daß mit äußerster Umsicht verfahren wird.

Die 10. Arbeitskonferenz eröffnet.

Genf, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die zehnte internationale Arbeitskonferenz wurde heute vormittag von dem französischen Regierungsvorsteher Fontaine, der Vorsitzender des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamts ist eröffnet. Zum Präsidenten wird der indische Regierungsvorsteher Chatterje vorgeschlagen. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat einen Protest gegen die Wahl des italienischen faschistischen Arbeitervertreters eingebracht.

Im Kampfe mit dem Bürgerblock.

Der Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

F. Kl. Kiel, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die heutige Vormittagsitzung brachte den Bericht der Reichstagsfraktion, den Robert Schmidt erstattete. Eine wertvolle Vorarbeit dazu hatte der Parteivorstand durch die Herausgabe des Jahrbuches geleistet, daß in seiner alljährlichen Wiederholung das Material über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei und der ihr nahestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung zusammenfaßt.

Die Berichtsperiode der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beginnt mit der Luther-Regierung, auf die die Deutschnationalen schon einen erheblichen Einfluß ausgeübt haben und endet mit der Regierung des Bürgerblocks, beide gegen die arbeitende Klasse, gegen die Sozialdemokratie gerichtet, beide das Sinnbild der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Reaktion, beide die Borkämpfer für die eigensüchtigen Interessen der kapitalistischen Klasse. Es zeugt aber für die Arbeit der Sozialdemokraten im Reichstag, wenn sie die gefährlichsten Vorstöße der Reaktion in dieser Zeit zurückweisen oder abschwächen und darüber hinaus noch wesentliche Vorteile für die werktätige Bevölkerung herausholen konnten.

Das wiegt um so schwerer, als sich der Bürgerblock nicht zuletzt zu dem Zweck zusammengelassen hat, um den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei auf Gesetzgebung und Verwaltung des Staates auszuschalten. Die Sozialdemokratie ist die Partei der arbeitenden Klasse, der unterdrückten und ausgebeuteten Schichten des Volkes. Es ist selbstverständlich, daß sie den Hauptteil ihrer Arbeit im Reichstag der Hebung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung widmet.

In der Wirtschaftspolitik wurde mit den bürgerlichen Parteien hart darum gerungen, daß die Interessen der verbrauchenden Volksschichten und kleineren Produzenten, besonders in der Landwirtschaft nicht den Interessen des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie geopfert werden. In der Steuerpolitik kämpfte die Sozialdemokratische Partei für die Verteilung der Lasten nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit, als für scharfe Heranziehung des Besitzes und weitestgehende Erleichterung für die minderbemittelten Volksschichten.

Die wichtigsten Erfolge wurden in der Sozialpolitik erreicht. Sie sind besonders deutlich in andauernden Steigerung der Leistungen in der Erwerbslosenfürsorge sichtbar, die uns gewiß noch nicht befriedigen können, aber doch auch nicht verkleinert werden sollen.

Die Aussprache wurde vom Genossen Heinrich Schulz eröffnet, der die Auffassungen des Parteivorstandes zur Schulfrage darlegte.

Die Sozialdemokratie hält die reichsrechtliche Regelung des deutschen Schulwesens auf Grund der Reichsverfassung für unbedingt notwendig. Sie darf aber nur ohne Schädigung der pädagogischen Leistungsfähigkeit durchgeführt werden. Vor allen Dingen verlangt sie mit der größten Entschiedenheit, daß die weltliche Schule endlich die ihr bisher vorenthaltenen gesetzlichen Grundlagen und jede Förderung erfährt. Die Volksschule darf nicht bevorzugt werden. Das Schul- und Erziehungswesen kann weder im ganzen noch im einzelnen seiner Teile durch Vereinbarungen von Religionsgesellschaften mit dem Reich oder den Ländern geregelt werden.

Kurt Rosenfeld legte eine Resolution der sozialdemokratischen Juristen zum neuen Strafgesetzbuch vor. Er verlangte, daß bei der Strafrechtsreform die sozialen Verhältnisse mehr, als dies im Entwurf vorgesehen sei, berücksichtigt werden. Angesichts der in Deutschland zutage tretenden zahlreichen Erscheinungen von Klassen- und Parteiunjustiz bestehe die Gefahr, daß das freie richterliche Ermessen, dem in der Reform ein weiter Raum gewährt wird, zur richterlichen Willkür und noch mehr als bisher zum Kampfmittel der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse wird. Die Resolution stellt eine Anzahl einzelner Forderungen, die insbesondere die Abschaffung der Todesstrafe, Garantie gegen den Mißbrauch der Hoch- und Landesverratsbestimmungen, Fortfall der Ersahnsstrafe bei unverschuldetem Unvermögen zur Zahlung der Geldstrafe, Schutz der Arbeiterbewegung vor Strafbestimmungen, die den Klassenkampf des Proletariats hindern, und verstärkten Schutz der Arbeitskraft gegen Ausbeutung.

Rosenfeld wies unter dem Beifall des Parteitagbesonders auf die Tatsache hin, daß, entgegen der sonst üblichen Annahme, zwei Juristen seien nicht unter einen Hut zu bringen, die sozialdemokratischen Juristen sich einstimmig für diese Resolution ausgesprochen hätten.

In der weiteren Aussprache wurden Wünsche in bezug auf stärkere Förderung des Wohnungsbaues, auf die Erfüllung der berechtigten Wünsche der unteren Beamtengruppen erhoben.

Genossin Luise Schröder nahm sich in besonders warmerherziger Weise der Kinder der Landarbeiter an, die heute noch unter einer außerordentlich starken Ausbeutung leiden. Hier muß alles geschehen, um auch das junge

Landproletariat vor Ausbeutung zu schützen und ihm eine bessere Schulbildung zu geben.

Die Aussprache wird morgen vormittag fortgesetzt. Heute nachmittag folgt der Parteitag einer Einladung der Kieler Parteigenossen zu einer Dampferfahrt nach Eckernförde.

Kiel, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Parteitag wurde heute kurz nach 8 1/2 Uhr von dem Vorsitzenden Weis eröffnet. Er nahm sofort den Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion durch Robert Schmidt entgegen.

Genosse Robert Schmidt:

Der ausführliche schriftliche Bericht, der im Jahrbuch über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion gegeben ist, soll von hier aus nur eine Ergänzung erfahren, indem ich die wichtigsten Vorgänge im Parlament kritisch Revue passieren lasse. Als wir im Jahre 1925 in Heidelberg unseren Parteitag abhielten, standen wir der Regierung Luther mit dem stark deutschnationalen Einschlag gegenüber. Im Wirtschaftsleben zeigten sich die ersten Anfänge einer stark einsetzenden Krise, die unter der Herrschaft des Bürgerblocks im lebhaften Tempo sich verschärfte. Allerdings hatte die Regierung Luther bei ihrem Antritt versprochen, dahin zu wirken, daß das Wirtschaftsleben gesunde und namentlich auch für eine ausreichende Arbeitsgelegenheit mit angemessener Entlohnung gefordert werden sollte. Und Graf Westarp ging sogar so weit, daß es das hauptsächlichste Ziel seiner Partei in der Koalition sei, die volle Beschäftigung und die ausreichende Versorgung des ganzen Volkes sicherzustellen, seine Kaufkraft und Lebenshaltung zu heben. Dazu ist, wie er weiter ausführte, unerlässlich, daß der innere Markt erhalten, gehoben und entwickelt werde. Als das Kabinett dann im Dezember 1925 zurücktrat, ergab sich als Maßstab für die wirtschaftliche Situation, daß die Konjunktur im Januar 1925 von 766 im Dezember auf 1508 gestiegen waren, und in demselben Zeitabschnitt die Geschäftsaufwände von 232 auf rund 1317 sich erhöhten.

Die Zahl der Erwerbslosen, soweit sie Unterstützung erhielten, hatte sich vermehrt von 535 000 auf 1 057 000. Das Programm des Bürgerblocks ging also in Schall und Rauch auf.

Die Wirtschaft machte die schwerste Krise durch, bei der nicht zuletzt die Arbeiterklasse die Lasten zu tragen hatte. Erst nach Rücktritt des Kabinetts setzten auf Drängen der sozialdemokratischen Partei die Maßnahmen ein, die den Umsturz herbeiführten. Gegenwärtig stehen wir abermals einer Bürgerblockregierung gegenüber, die durch ihre Zoll- und Handelsvertragspolitik den Ablauf der Krise nur aufhalten hat.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat in den letzten Jahren ein Tempo zur Konzentration der Kapitalmacht eingeschlagen, wie nie zuvor. Mit der Rationalisierung, mit dem Zusammenschluß der Unternehmungen durch Kartellbildung, Konzerne und Trusts vollzog sich eine Verschiebung in der Struktur der Wirtschaft von gewaltigem Ausmaß. Diese Umwälzung wird uns vor allen Dingen klar, wenn wir die hauptsächlichsten Ergebnisse der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Interessensverbindungen der Aktiengesellschaften uns vergegenwärtigen. Von den 12 392 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 20,4 Milliarden Mark sind durch Interessengemeinschaft verbunden 1967 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 13,2 Milliarden Mark. Das heißt, zwei Drittel der Aktiengesellschaften, gemessen an ihrem Kapital, befinden sich in Händen von Konzern- oder Interessengemeinschaften.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß die großkapitalistischen Unternehmungen und Organisationen ganz systematisch die Produktion auf den Bedarf des Marktes eingestellt haben. Man legt Betriebe still, baut die leistungsfähigen aus, greift auf den internationalen Markt über, um sich dort mit der Konkurrenz zu verständigen.

Die Folge ist das Anwachsen einer wirtschaftlichen Macht von immer größerer Bedeutung und nicht zu unterschätzendem politischen Einfluß. Die wirtschaftlich Schwachen werden an die Wand gedrückt, Hunderttausende von Arbeitern brotlos gemacht.

Und über die Folgen dieser Arrondierung seines Herrschaftsgebietes nach der sozialpolitischen Seite haben sich diese kapitalistischen Interessengruppen nie Bedenken auferlegt.

Aus dieser Konstellation der Wirtschaft ergab sich klar die Aufgabe der Sozialdemokratischen Fraktion.

1. Es mußte Sorge getroffen werden, daß die Opfer des heutigen Wirtschaftssystems, die große Masse der Arbeitslosen eine weitgehende Fürsorge erfahren.
2. Durch die produktive Erwerbslosenfürsorge die Mittel flüssig zu machen, um aus der großen Zahl der Arbeitslosen einen Teil wieder in Arbeit zu bringen.

Die Fraktion hat keine Bedenken getragen, von diesem Gesichtspunkt ausgehend, aus öffentlichen Mitteln für Industrie, Handel und Landwirtschaft Kredite und in einigen Fällen auch Subventionen zu gewähren. Allerdings waren wir uns darüber klar, daß für die Dauer ein solches Programm nicht durchgeführt werden kann, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt, und die hier genannten Interessentkreise aus eigenem wieder die Kraft finden müssen, zu einer gesunden Entwicklung.

Wichtig schien uns, unmittelbar für gemeinnützige Zwecke Aufwendungen zur Arbeitsbeschaffung anzufordern. Hier hat der Reichstag unter der starken Einwirkung der Sozialdemokratischen Partei ein sehr umfangreiches Programm ausgearbeitet, das in der Praxis dazu führte, erhebliche Mittel für diese Zwecke bereitzustellen.

Im engen Zusammenhang damit steht die Unterstützung der Erwerbslosen. Nach dem Kriege wurde im Jahre 1919 bereits von den Volksbeauftragten die Erwerbslosenfürsorge ein-

geführt. 1923 wurde die Beitragspflicht der Unternehmer und Arbeiter angeordnet, und der Restbeitrag, der für Unterstützung notwendig wäre, aus Reichsmitteln angefordert. Schließlich ist 1927 das Gesetz über die Arbeitslosenfürsorge dem Reichstag unterbreitet, dessen Verabschiedung noch bevorsteht.

In diesem Zeitraum ist es der Sozialdemokratischen Partei gelungen, die Unterstützungsfähigkeit nicht unerheblich zu erhöhen und die Dauer der Unterstützung von anfänglich 13 Wochen auf 52 Wochen zu steigern.

Es gelang uns ferner, in dem Krisenfürsorgegesetz auch über diese Zeit hinaus den durch die Arbeitslosigkeit schwer Geschädigten einen Anspruch auf weitere Unterstützung zu sichern. Bemerkenswert ist, daß bei diesem sehr wichtigen sozialpolitischen Gesetz die Kommunisten mit den Deutschnationalen und Bäckischen gemeinsam dagegen stimmten.

Im langen zähen Kampfe ist das Arbeitszeitnotgesetz gegen den Widerspruch der Gewerkschaften und der Partei im Reichstag verabschiedet. Das Gesetz entfernt sich weit von dem, was übereinstimmend alle Gewerkschaftsorganisationen gefordert haben. Es gewährt Ausnahmen, von dem nur noch ganz nebenbei betonten achtstündigen Arbeitstag in solichem Umfang, daß bei einer ungünstigen Auslegung durch die Verwaltungsbehörde der Zehnstundentag zur Norm werden kann, und selbst ein Zwölfstundentag nicht ausgeschlossen ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich eifrig bemüht, dieses überaus reaktionäre Gesetz, das in seiner ganzen Tendenz gegen die Arbeiterinteressen gerichtet ist, zu verbessern und die Wirkung abzuwachen. Das ist nicht gelungen gegenüber der geschlossenen Front des Regierungsbündels. Die praktische Wirkung dieses Gesetzes wird sehr davon abhängig sein, unter welchem Einfluß die Verwaltungsbehörde das Gesetz handhabt.

Zu den politischen Aktionen, die der Bürgerblock gegen die Interessen der Arbeiterklasse zur Ausführung brachte, gehört auch die Rückkehr zu dem alten System der Schutzpolizei.

Stark beeinflusst von der agrarischen Strömung, die Preise für landwirtschaftliche Produkte hinaufzutreiben. In der Auseinandersetzung über die sogenannte kleine Zollvorlage 1925 gelang es uns nur, bis zum 31. Juli 1926 den autonomen Zolltarif für Getreide, Futtermittel und Mais herabzusetzen, und ein bestimmtes Randlinggetreide zollfrei einzuführen. Nach Ablauf dieser Frist sind dann diese Zollsätze wieder erhöht, wenn auch nicht vollständig bis zu der Grenze des autonomen Zolltarifs. Die Wirkung dieses neuen Zolltarifs, bei dem auch eine Reihe von Industrieerzeugnissen eine nicht unerhebliche Herabsetzung erfahren, war die, daß im steigendem Maße die Einnahmen aus den Zöllen erhöht wurden, und damit die Belastung des Konsums der minderbemittelten Volksschichten am schwersten zur Auswirkung kam.

Gegenwärtig stehen wir unter einem neuen Ansturm der Agrarier, ihr Ziel ist, unter der Führung der Ministerschleife den Getreidezoll auf sechs Mark, den Zuckerzoll von 10 auf 15 Mark zu erhöhen, die Zollsätze für Getreidemehl aufzuheben und anschließend hieran für Fleisch, Vieh, Milch und Fett eine abermalige Erhöhung der Zollsätze durchzusetzen.

In dem abgeschlossenen Zeitraum der Berichterstattung sind eine große Anzahl von Handelsverträgen zur Verabschiedung gekommen. Die Handelsverträge befriedigen mit wenigen Ausnahmen keineswegs. Ihre Schwäche besteht vor allem darin, daß sie nur kurzfristig laufen und damit schon andauernd eine Unsicherheit in den auswärtigen Handel hineintragen. Für zwei Vertragsstaaten, Polen und Frankreich, fehlt der Abschluß, obwohl wir gerade hier wünschen müßten, daß recht bald eine Verständigung herbeigeführt wird. Der kurzfristige vorläufige Abschluß mit Frankreich nötigte die sozialdemokratische Fraktion zu einem ablehnenden Votum. Zunächst weil in diesem Vertrag der Reichzoll erhöht wurde, eine Maßnahme die jeder Begründung entbehrt, und zum andern mußte der Regierung angebelehrt werden, doch nun endlich zu einem etwas dauernden Ergebnis ihrer Verhandlung mit der französischen Regierung zu kommen.

Die Steuerpolitik und die Steuerreform hat im Reichstag zu langen Debatten und grundsätzlichen Auseinandersetzungen gegenüber den bürgerlichen Parteien geführt.

Grundsätzlich hält die sozialdemokratische Fraktion an der Aufrechterhaltung der zentralen Verwaltung sowohl in der Veranlagung wie in der Kontrolle des Steueraufkommens.

Desgleichen scheint es uns notwendig die Steuerhoheit des Reiches nicht anzutasten. Unsere Bestrebungen gingen darauf hinaus, unter teilweiser Betrachtung der letzten Handhabung bei der Einkünfte der höheren Einkommen und der Vermögen zu einer schärferen

Kontrolle zu kommen. Als eines dieser Mittel erschien uns notwendig die Offenlegung der Steuerlisten. Diese Kontrolle wird von allen bürgerlichen Parteien bekämpft und mit hoher Entrüstung wandte man sich gegen die eingeführte Überprüfung, deren Nutzen sich ergibt aus den hohen Beträgen, die nachträglich der Steuerklasse zuzurechnen. Der Steuerbetrag findet bei den bürgerlichen Parteien eine liebevolle Nachsicht.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich auch ablehnend verhalten zu den Vorschlägen, die den Gemeinden wieder ein Zuschlagsrecht zu den veranlagten Einkommensteuerbeträgen gewähren wollten, denn es schien uns die Gefahr zu bestehen, daß dann auch die steuerfreien Einkommen von der Gemeinde zu einem Zuschlag benutzt würden und damit die alten Ungerechtigkeiten des ehemaligen Steuersystems wieder aufleben. Unseren Bemühungen ist es gelungen, bei der Einkommensteuer die steuerfreie Grenze nach und nach von 60 auf 100 M. monatlich zu erhöhen, und weiter für kinderreiche Familien eine über das ehemalige Maß hinausgehende Vergünstigung zu schaffen.

Das Kapitel des Finanzausgleichs wird noch gut in aller Erinnerung sein. Hier spielten die politischen Einflüsse der Bayerischen Volkspartei bei der Gestaltung des Gesetzes mit. Der Abschluß führte dazu, daß die Ueberweisungen zugunsten der süddeutschen Staaten erhöht wurden, besonders bei der Biersteuer ein erheblicher Betrag — 38 Millionen über das vorausgegangene Maß hinaus — den süddeutschen Staaten gewährt wurde, so daß infolge dieser einseitigen Begünstigung ein starker Gegenstoß zu den preussischen Interessen sich herausbildete, der sowohl im Reichstag wie im Preussischen Landtag ein Nachspiel hatte. Infolge dieses Steuerausgleichsgesetzes kam der Etat sehr stark in Unordnung, und es konnte nur ein Ausgleich herbeigeführt werden, indem ein Ueberfluß von 200 Millionen vom Jahre vorher und der Rest des vorhandenen Betriebsfonds von 100 Millionen Markt in Einnahme gestellt wurde. Außerdem nahm der Bürgerblock bei den sozialpolitischen Anforderungen, die bereits im Haushaltsausgleich genehmigt waren, eine nicht unwesentliche Kürzung vor.

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung haben wir einige nicht unbeachtliche Besserungen zu konstatieren. In der Invalidenversicherung gelang es uns, die Witwenrente, die bisher nur gewährt wurde, wenn die Witwe nach ärztlichem Ermessen nicht mehr zwei Drittel ihrer Erwerbsfähigkeit besaß, doch in dem Fall zu sichern, wenn die Witwe das 65. Lebensjahr erreicht hat, natürlich unter Aufrechterhaltung eines früheren Bezugs der Rente unter den erwähnten Voraussetzungen.

Wir sind langsam in der Erhöhung der Rente wieder auf das Niveau der Rentengewährung vor dem Kriege gekommen und werden darüber hinausgehen in den nächsten Jahren.

Grundsätzlich ist auch eine engere Verbindung mit der Angestelltenversicherung herbeigeführt, so daß die erworbenen Ansprüche aus der Invalidenversicherung bei Gewährung einer Rente, die aus der Angestelltenversicherung fließt, mit in Anrechnung kommt. In den Anträgen, die dem Reichstag unterbreitet sind, wird vielfach eine Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre für die Altersrente gefordert. Ich bitte, diese Anträge der Fraktion zur Erwägung zu überweisen, grundsätzlich stellt sich zunächst die Fraktion auf den Standpunkt, daß wir sorgen müssen, daß die Invalidenrenten erhöht werden und daß wir je nach der Gestaltung auch der Finanzlage der Versicherungsträger dann zu der Forderung übergehen, das Alter für den Bezug der Rente herabzusetzen.

Einen verhältnismäßig guten Abschluß können wir in der Gestaltung des Arbeitsgerichtsgesetzes konstatieren. Es ist ein nicht unerheblicher Fortschritt in der Ausdehnung der Zuständigkeit dieser Gerichte herbeigeführt, und zwar insofern, als zu den bisherigen Arbeitergruppen die Landarbeiter, Eisenbahner und Bureauangestellten hinzukommen. Dazu kommt eine mehr einheitliche Gestaltung dieser Gerichte, die der bisherigen Zersplitterung ein Ende bereiten.

Wiederholt haben wir im Reichstag bei Erörterung des großen Umfangs der Arbeitslosigkeit auf die besondere Notlage der Angestellten hingewiesen. Kellern Angefallenen ist es fast zur Unmöglichkeit geworden, wieder eine neue Anstellung zu erlangen, und bei der großen Umwälzung, die sich vollzieht, sind gerade diese Kreise der Angestellten sehr stark aus dem Angestelltenverhältnis hinausgedrängt. Es wurde unsererseits versucht, wenigstens eine Sicherung zu gewähren gegen unmittelbare Entlassung durch eine Verlängerung der Kündigungsfrist. Der Reichstag hat dann auch den Beschluß gefaßt, daß abgestuft nach den Dienstjahren die Kündigungsfrist bis zu 6 Monaten lauten muß.

Immer vom Standpunkt der Hausbesitzerinteressen ausgehend,

haben die bürgerlichen Parteien die Frage des Mieterschutzes behandelt.

Es braucht kaum betont zu werden, daß die sozialdemokratische Fraktion sich rückhaltlos für den weitestgehenden Mieterschutz ausgesprochen hat.

In bezug auf die Hauszinssteuer vertrat die Fraktion den Standpunkt, daß das gesamte Einkommen für den Wohnungsbau verwendet werden sollte. Sie drang mit diesem Antrag nicht durch und auch nicht mit dem Eventualantrag, nur bis zu 20 Proz. der Hauszinssteuer für den Finanzbedarf der Länder zu verwenden. Von der Wirtschaftspartei liegt jetzt der Antrag vor, das Gesetz über den Mieterschutz und das Reichsmietengesetz sowie auch das Wohnungsmangelgesetz am 1. Juli 1927 außer Kraft zu setzen. Damit würden die Wohnungsämter, Mieteingangsämter aufgehoben. Diese Stellungnahme der Wirtschaftspartei kennzeichnet klar ihre Absicht. Es würde bei einer Aufhebung dieser Gesetze nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch alle Mittelstandskreise, deren Interessen diese Partei angeblich vertreten will, schwer geschädigt werden.

Unsere Stellungnahme zu wichtigen kulturpolitischen Aufgaben ergab sich bei der Behandlung des Schund- und Schmutzgesetzes. Es ist keine Ruhmestadt des demokratischen Ministers Rütz, die er im Ministerium März vollbrachte. Wir verkennen nicht, daß in der Literatur Minderwertiges in reichem Maße in die Erscheinung tritt. Wir haben gegen die Bekämpfung einer solchen nicht selten auf niedere Leidenschaften spekulierenden Darstellung nichts einzuwenden und halten einen Schutz der Jugend gegen diese weniger literarisch als geschäftlich nuphringenden Erzeugnisse für wohl angebracht. Aber hier muß Erziehung den Sinn für das Schöne und Erhabene wecken, mit der Fürsorge des politischen Lenkers würden wir nichts erreichen.

In einigen Anträgen an den Reichstag wird von den Genossen gefordert, daß wir gegen den Wehretat stimmen. Da wir bei der Gesamtabstimmung über den Etat in diesem Jahre den Etat ablehnten, wäre die Frage nicht aktuell. Betonen will ich, daß eine besondere Abstimmung über den Wehretat nicht stattfindet, daß wir aber unter Nichttauen gegenüber dem Reichswehrminister Geßler deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Ausdrücklich will ich betonen: Es wird sich ganz nach der politischen Konstellation richten, ob wir den Etat ablehnen oder annehmen, ebensowenig können wir jede Position des Wehretats ablehnen, denn in unserem Programm wird ausdrücklich gefordert, daß die Reichswehr als Stütze des republikanischen Staatswesens ausgebildet werden soll.

Der Redner geht dann im einzelnen auf unsere Forderungen zur Reform des heiligen Militarismus ein und begründet die Stellungnahme, die im Reichstag zum Ausdruck gekommen ist.

Nur vor der jetzt erfolgten Vertagung des Reichstages ist noch die Verlängerung des Schutzes für die Republik zur Verabschiedung gekommen. Die Erledigung dieser Frage gestaltete sich zu einer Kraftprobe für den Bürgerblock, denn ohne die Zustimmung der Deutschnationalen war die Verlängerung nicht zu erreichen. Die Deutschnationalen haben die Unterordnung einem Danonlaufen den Vortzug gegeben.

Ihre politische Einstellung hielten sie die Teilnahme am Ministerium fest unter Preisgabe ihrer monarchischen Einstellung.

Das Widerspruchswort ihrer Haltung fand im Reichstage gerade von unserer Seite eine scharfe Kritik, aber es zeigt uns zugleich, daß es den Deutschnationalen wertvoller erscheint, in der Regierung zu bleiben, als im Reichstag in der Opposition mit ihrer deutschnationalen Phrasologie zu hantieren. Aber was sie im Reichstag aufgeben müssen, holen sie unbedenklich um diese Vorgänge im Parlament reichlich außen in ihrer Agitation nach.

So schließt mein Bericht über die parlamentarische Tätigkeit mit der Versicherung, daß auch bei den kommenden politischen Kämpfen gegen den Bürgerblock mit der gleichen Entschiedenheit wir bisher die Interessen der Interessen der minderbemittelten Volksschichten wahrnehmen wird.

Es wird unsere Aufgabe sein, jeden Versuch, an dem felsenfesten Gefüge der republikanischen Staatsform zu rütteln, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, das wirtschaftliche Aufkommen zu unterstützen unter Ablehnung der Bestrebungen, die Lasten der Arbeiterklasse aufzubürden, auf sozialpolitischem und kulturellem Gebiet wollen wir dem Fortschritt dienen und international in aller Treue der Sache des Friedens und der Verbündung der Völker unsere Kräfte widmen. Wenn wir so einig und geschlossen den Kampf führen, dann können wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken!

Anamuno: „Ein ganzer Mann“.

Neues Theater am Zoo.

Der Spanier Miguel Anamuno wird von dem Diktator de Rivera und dem jubelnden König Alfons verfolgt. Außerhalb seines Landes muß er schreiben und dichten und jener Demokratie dienen, die in der Pyrenäen-Romarchie heute so unbeliebt ist. Bei den Freunden des Fortschritts und der Vernunft gilt der Philosophie-Professor und Botaniker als ein Märtyrer. Wir nehmen ihn aus Herz und reihen ihn von vornherein in die kleine Gemeinschaft der großen Männer, die groß sind, weil ihr Leiden groß ist. Das Drama Anamunos, das in deutscher Sprache aufgeführt wird, bereichert die Kenntnis über den wertvollen Mann nicht. Anamuno ist ein Sohn seines Landes, das in Dingen des Theaters eine primitive Symbolik und Psychologie noch von ganzem Herzen liebt und es sich gerührt mit anseht, wenn eine unglückliche Frau mitten auf der erleuchteten Bühne und in den Armen ihres vor Schmerz brüllenden Gatten hinfiert. Dieser Gatte soll nach dem Sinn, den Anamuno in sein Drama legt, ein ganzer Mann sein. Es ist ein spanischer Seemannsroman auf jeden Fall, der sich vom mexikanischen Weltreiter zum madrilischen Millionär emporschleppte. Allerdings sagte man ihm deshalb nach, daß er seine erste geliebte Gattin umgebracht hat. Dieser Herr Alexander rätet mit seinem Vermögen den Vater jener unglücklichen Frau, die hernach für ihn hinfiert, vor dem infamierenden Gefängnis. Natürlich kann Julia das Gefühl nicht überwinden, daß sie von dem Millionär Alexander nur gekauft wurde. Und Alexander entdeckt erst, da ihm Julia erschunden ist, wie heilig er sie liebt. Dann allerdings kann er nur mit dem die Kehle durchschneidenden Rasiermesser bezeugen, wie gewaltig ihn die Liebe zu Julia ergriffen hatte. All diese Empfindungen und Regungen, Worte, Sentenzen und Aphorismen gleiten auf der schmalen Grenze des Protektes, wo dann Gelächter in dem Augenblick droht, da Tränen gefordert werden. Das Drama Anamunos ruht eben auf sozialen Voraussetzungen, die uns nicht ganz einleuchten. Es ist, soweit die Verdeutschung und Bearbeitung den Eindruck gestattet, ein überlebtes Theaterstück. M. H.

Was man mit einem Ozeanflug verdienen kann.

Der erfolgreiche Flug Lindberghs über den Ozean hat ihm nicht nur den Preis von 25.000 Dollar gebracht, der als Belohnung dafür angesehen war, sondern noch einen recht beträchtlichen Millionen-Dollar-Segen, da die Begeisterung des amerikanischen Volkes so geschäftstüchtigen Leuten ausgenutzt werden soll. Schnell berüchtigt und schnell vergessen, das ist der Wahlspruch Amerikas und nach diesem Spruch müssen sich die Geschäftleute richten. Zwei der bedeutendsten amerikanischen Filmgesellschaften, der Metro-Goldwyn-Film und der ebenfalls bedeutende Paramount-Film, haben dem fähigen Ozeanflieger gewaltige Vermögen angeboten, wenn er in einem Film mitwirken will, in dem der Flug Amerika-Europa

eine Rolle spielt. Man erzählt sich, daß Direktor Louis Mayer von der Metro-Goldwyn-Film-Co., ihm die Reinigkeit von 300.000 Dollar geboten haben soll, während der Paramount-Film es ihm anheimstellte, die Summe zu bestimmen, selbst wenn sie 500.000 Dollar betragen sollte. Man kann diese Summen phantastisch hoch finden, aber sicherlich wissen die geschäftstüchtigen Leiter der beiden großen Filmgesellschaften, daß sie die Mitwirkung Lindberghs nicht zu hoch bezahlen, denn ein derartiger Film ist von vornherein des größten Erfolges in der ganzen Welt sicher und bedeutet ein Geschäft von mehreren Millionen Dollar Reingewinn. Mit diesen ungeheuren Aufwendungen kann kein anderes Geschäft mit, da es nicht die großen Einnahmemöglichkeiten hat. Trotzdem aber hat das „Mist-Bog-Parade“ Lindbergh für jedes Auftreten während weniger Minuten 1.000 Dollar geboten, und das Kory-Theater sogar 5.000 Dollar pro Abend. Ein großer amerikanischer Verlag will ihm für eine Beschreibung seiner Fahrt 50.000 Dollar zahlen und ein englischer Unternehmer für jeden Vortrag, den er in England über seine Reise hält, 100.000 Dollar. Ein wahrer Millionenflegel soll sich also über den glücklichen Flieger ergießen, wenn er es versteht, das Glück beim Schopfe zu fassen.

Erstmalig ist es, was Lindbergh bisher schon geschenkt erhalten hat. Begeisterte Amerikaner haben es sich angelegen sein lassen, ihm telegraphisch die prächtigen Koffkarten, wie prächtige Willen, Automobile, Schmuckgegenstände und Beteiligung an Aktiengesellschaften als Geschenk zu übermitteln. Dabei darf man nicht vergessen, daß Lindbergh heute der Schwarm der jungen Mädchen ist, und daß sich die Zahl der Liebesbriefe und der Heiratsanträge in dem Hause der amerikanischen Vorkämpfer zu Paris zu Bergen fähren.

Der Vater der deutschen Bühne. Der Leipziger Professor Johann Christoph Gottsched, dessen Namen in der deutschen Theatergeschichte als Vorkämpfer des modernen Theaters unvergessen bleiben wird, hat Karl Theophil Döbbelin entdeckt und zum Theaterdirektor gemacht. Döbbelin, ein Mitglied der Truppe der berühmten „Reuberlin“, war in den Besitz mehrerer tausend Taler gelangt und wollte mit dem Gelde eine Studienreise durch Europa machen. Gottsched aber, den fanatischer Haß gegen das damalige Hoftheater erfüllte, verstand es, dem jungen Schauspieler zu beweisen, daß es seine Pflicht sei, mit dem Gelde eine Schauspielertruppe anzuzubereiten, um „Originaltragödien“ aufzuführen. So wurde Karl Theophil Döbbelin im Jahre 1756 Führer einer Truppe. Nach 12 Jahren — am 21. März 1768 — gelang es ihm, in Berlin festen Fuß zu fassen. Die Zeitungen hatten wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß an diesem Abend die Döbbelinsche Truppe im Schudischen Theater in der Behrenstraße ein Stück erstmalig aufgeführt, zu dem man die — für damalige Begriffe — unlaublich lange Probezeit von vier Wochen benötigt habe. Das Stück hieß: „Minna von Barnhelm“ oder „Die Soldatenbraut“ und stammte von G. E. Lessing.

Die Aufführung war ein voller Erfolg bei Döbbelin, der bei den Wiederholungen allmählich bessere Häuser erzielte. Gleichwohl vermochte der Herr Prinzipal nicht, sich Lessings Liebe zu erwerben, da dieser sah, daß der „künstlerische Plebejer“ — wie Lessing Döbbelin nannte — nur solche Stücke aufführte, die für die Stadt eine Sensation bedeuteten. Und Döbbelin war tatsächlich ein Geschäftsmacher, dem es vor allem darauf ankam, die Konjunktur zu nutzen. Lessing

schrieb an seinen Bruder: „Döbbelin ist ein Narr, das habe ich immer geglaubt. Wenn das deutsche Theater durch ihn hochkommen soll, so helfe ihm Gott.“ Und dennoch! Das deutsche Theater ist durch Döbbelin manchen Schritt weiter gekommen.

Als Friedrich Wilhelm II., der sich gern als Theatermäzen ansprechen ließ, zur Herrschaft gekommen war, wandte sich Döbbelin an ihn mit der Bitte um Unterstützung. Die Bitte hatte Erfolg. Friedrich Wilhelm II. machte Döbbelin zum Direktor des Schauspielhauses am Gendarmenmarkt und zahlte 12.000 Taler jährliche Subvention. Bis zum Jahre 1788 führte Döbbelin die Geschäfte des „königlichen Nationaltheaters“, die er dann an eine durch königliche Verfügung eingesetzte Generaldirektion abtreten mußte. Am 10. Dezember 1793 starb Theophil Döbbelin, „der Vater der deutschen Bühne“, in Berlin. R. M.

C. A. Poe hat den Ozeanflug vorausgesagt. Ozeanflüge sind nicht erst seit Ekener und Lindbergh modern. So unwahrscheinlich es klingt, es ist doch Tatsache, daß man schon im Jahre 1838 in der „New York Sun“ die sensationelle Nachricht lesen konnte, daß der lenkbare Luftballon Victoria 75 Stunden nach seinem Aufstieg in England auf der Insel Sullivan gelandet sei. Die Zeitung wußte sogar viele Einzelheiten über den Ballon, die Passagiere, das Reisevorbereiten und sonstige Abenteuer bei dem Ozeanflug zu berichten; niemand zweifelte an der Wahrheit der Erzählung, die damals in den Vereinigten Staaten große Begeisterung erweckte. Aber am Morgen nach der Veröffentlichung erfuhr man, daß der wunderbare Ozeanflug nur im Gehirn von Edgar Allan Poe stattgefunden hatte. Alle Zeitungen waren einer ungeheuren Apoplexie zum Opfer gefallen. Für den Dichter hatte die Falschmeldung immerhin die erfreuliche Wirkung, daß sein Name mit einem Schlag in ganz Amerika bekannt wurde. Poe hat durch diesen frei erfundenen Ozeanflug bewiesen, daß er einen sicheren Instinkt für die Probleme der Zukunft besaß, und er kann als eine Art dichterischer Prophet gelten, der das lenkbare Luftschiff und die Ueberwindung des Atlantischen Ozeans vorausgesagt hat.

Die Weltrechtschule in Sowjetrußland. Am Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in der Weidener Straße wurde Dienstag von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas eine vom Volksbildungsministerium und der Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Auslande in Moskau zur Verfügung gestellte Vorlesung „Die Weltrechtschule in Sowjetrußland“ feierlich eröffnet. Sie ist bis 10. Juni bei freiem Eintritt geöffnet.

Die Frühjahrsausstellung der Akademie der Künste am Pariser Platz muß Sonntag, nachmittags 6 Uhr, geschlossen werden. Am Samstagabend ist die Ausstellung von 10—5 Uhr geöffnet.

Schauspieler-Nachvorstellung im Capitol. Das Deutsche Schauspielensemble hat für die Wohlfahrtskassen der Bühnennachhilfe Sonntagabend, abends 11^{1/2} Uhr, eine Aufführung des Stücks „Die Waise“ im Capitol zur Verfügung gestellt. — Karten Resth. 11 und im Capitol.

Ein Liebesabend des ukrainischen Volkstheaters findet Freitag 8 Uhr im Schauspielhaus, Eintr. 48, statt. Der auf der Welttournee befindliche Volkstheater, der unter Leitung von Prof. Weiss Jermoloff steht und aus 35 Damen und Herren besteht, bringt eine Reihe ukrainischer Volkstücker.

Das Staatliche Kupferstichkabinett eröffnet am 27. eine Ausstellung niederländischer Kupferstichzeichnungen des 16. und 17. Jahrhunderts.

Debatte zum Fraktionsbericht.

In der Diskussion begründet zunächst

Heinrich Schulz

im Namen des Parteivorstandes die Anträge 100 und 108 zum Schulwesen. Die erste Resolution ist das Ergebnis der Beratungen einer Reihe von Sachverständigen mit dem Parteivorstand über die weltliche Schule. Diese Erklärung war notwendig im Hinblick auf das zu erwartende Reichsschulgesetz, dessen Abwehr die volle Bereitschaft der Partei verlangt.

Die weltliche Schule kämpft seit Jahren einen schweren Kampf.

Sie ist zwar seit 1919 in der Verfassung anerkannt, aber es fehlt ihr noch die zugehörige gesetzliche Grundlage. Es ist der frühere Einfluß unserer leider viel zu früh verstorbenen Genossen Konrad Haenisch zu verdanken, daß wir überhaupt weltliche Schulen haben. Die Zahl der weltlichen Schulen beträgt mehr als 5 Prozent aller Schulen, in Berlin gibt es über 50 gut geleitete weltliche Schulen. Das beweist die Richtigkeit der Weimarer Vereinbarungen.

Auf dem Wege der von uns verlangten Weltlichkeit des gesamten Schulwesens sind die jetzigen weltlichen Schulen eine Stoppa. Der Widerstand gegen sie aus den Kreisen der Anhänger der Simultanschule ist unberechtigt. Die Simultanschulen sollen dort erhalten und unterstützt werden, wo sie sich bewährt haben und wo weltliche Schulen keine Aussicht auf Einführung haben. Aber die Simultanschule ist die Schule des Liberalismus und kann nicht unser Endziel sein. Die Bekenntnisschule ist die Schule des Zentrums und der evangelischen Reaktionen.

Die weltliche Schule ist die Schule der Arbeiterklasse, die Schule des Sozialismus.

Ein Zwang soll auf Genossen, die die weltliche Schule aus religiösen Gründen ablehnen, nicht ausgeübt werden. Aber die Unterstützung der Massen über die Ziele dieser Schule ist kein Zwang. Die Pläne der Bürgerblockregierung in bezug auf das Reichsschulgesetz sind noch unbekannt. Es ist ungewiss, ob die Wünsche des Herrn Mumm in Erfüllung gehen werden. Aber jedenfalls wird es kein Gesetz im Sinne der Weimarer Vereinbarungen werden. Jeder Verschleierung der Verfassungsbestimmungen im Schulwesen wird mit aller Schärfe entgegengetreten werden, nicht aus kulturkämpferischen Gefühlen, sondern um einen Kulturkampf zu vermeiden. Wir haben wichtigere soziale und wirtschaftliche Aufgaben (sehr wahr) und die Freunde der Republik sollten sich nicht durch einen Kulturkampf auseinanderreißen lassen.

Jedes Konkordat, also jede Vereinbarung des Staates mit der Kurie lehnen wir ab. (Bravo.)

Unser Ziel ist ein leistungsfähiges Schulwesen. Nehmen Sie unsere Anträge an gegen alle reaktionären Schulverschleierungspläne und als Stärkung und Hilfe für die weltliche Schule!

Dr. Kurt Rosenfeld

begründet die im Einvernehmen mit dem Parteivorstand eingebrachte Resolution Rosenfeld-Eckstein zum Entwurf des neuen Strafgesetzbuches. „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort.“ Dieses Wort gilt besonders für das Strafgesetzbuch von 1871, das immer noch gilt. Seit jeher hat die Sozialdemokratie auf eine gründliche Reform gedrängt. Gerade die Sozialdemokratie muß jeden Versuch der Reform des Strafgesetzbuches begrüßen, auf Grund dessen die Vorkämpfer im Freiheitskampf der Arbeiter in Gefängnis und Zuchthaus gesetzt worden sind. Wir haben deshalb mit Freuden gehört, daß nach jahrzehntelangen Vorarbeiten und Beratungen das neue deutsche Strafgesetzbuch endlich an den Reichstag gelangt ist. Die Partei hat sich auf dem Parteitag in Mannheim in dem Referat und in den Thesen des unvergänglichen Hugo Haase grundlegend mit dem Strafrecht beschäftigt. Daran müssen wir heute anknüpfen. Das geltende Strafgesetzbuch beruht auf dem Grundgedanken der gerechten Vergeltung. Aber die Rechtsprechung hat bald bewiesen, daß dabei die Straffälligkeit der Jugendlichen und der Rückfallverbrecher gestiegen ist.

Für uns Sozialdemokraten war es von vornherein selbstverständlich, daß Gefängnis und Zuchthaus allein keinen Menschen bessern kann.

Am Gegenteil hat sich gezeigt, daß die erstmals Verurteilten die Strafanstalt oft nicht verbessert, sondern verschlechtert verlassen. (Sehr wahr!) Es wurde unabweisbar, die Gründe des Verbrechens zu erforschen und die Strafe so festzusetzen und zu vollziehen, daß sie die weitere Entwicklung des Täters günstig beeinflusst.

Der Gedanke der Erziehung des Rechtsbrechers, seiner Behandlung und seiner Sicherung treten in den Vordergrund.

Die modernen soziologischen Ideen sollten in die Strafrechtsreform mit einbezogen werden. Der Täter, nicht die Tat sollte bestraft werden. Die Sozialdemokraten haben diesem Versuch der Verwirklichung der Ideen des großen Kriminalisten Franz von Liszt von vornherein freundlich gegenüberstanden. Wir verlernen auch nicht, daß der vorliegende Gesetzentwurf einen wichtigen Fortschritt mit sich bringt. Aber sein Kernstück ist die ungeheure Erweiterung des freien richterlichen Ermessens. Auch das ist ein Gedanke, den wir durchaus nicht grundsätzlich ablehnen. Es ist richtig, daß bisher der Richter vielfach gegen seine Überzeugung gehindert war, die Motive der Tat und die Ursachen der Tat voll zu würdigen. Aber wenn in Zukunft der Strafrichter nicht nur beweisen soll, was bestraft wird, sondern im weiten Umfange darüber hinaus, was überhaupt strafbar ist, so widerspricht das doch der Rechtsstaatlichkeit des Staatsbürgers, dessen Magna Charta das Strafgesetz bald sein muß.

Nach dem neuen Entwurf kann in besonders leichten Fällen bis zu 3 W. Geldstrafe heruntergegangen werden. Aber auf der anderen Seite kann jeder Gewohnheitsverbrecher in sicherheitshaft genommen werden, die von drei zu drei Jahren bis zur Lebenslangigkeit verlängert werden kann. Die Unfähigkeit zur Besserung öffentlicher Beamter kann neben jeder Gefängnisstrafe von drei Monaten ausgesprochen werden.

Die Vertrauensfrage gegenüber der Justiz ist selbst vom Minister anerkannt, und man weiß, warum das Vertrauen der Arbeiterklasse zu den deutschen Richtern schwer erschüttert ist.

Darum wäre das freie richterliche Ermessen bei uns nur annehmbar als Freiheit zur größeren Milde. Aber auch hier bringt es schon die Gefahr ungleicher Rechtsanwendung mit sich. Die außergewöhnlichen Widerstandsbestimmungen können nach freiem richterlichem Ermessen vorwiegend Monarchisten und Reaktionen vorbehalten bleiben. (Sehr wahr!) Je größere Garantie das Verfahren gegen Mißbrauch bietet, mit je besseren Rechten die Verteidigung, Revision, Revision, das Schwurgericht ausgestattet sind, um so mehr schwinden die Bedenken gegen die richterliche Ermessensfreiheit.

Der jetzt vorliegende Reichsentswurf ist noch schlechter als der Regierungsentwurf von 1924, der schon schlechter war als der erste Entwurf Radbruchs von 1922. Radbruch hat selbst mit vollem Recht geglaubt, daß die Bestrafung nicht nur bei Einzelheiten stehen geblieben sei, sondern den geistigen Kern des Entwurfs erhalte. Dies erinnert an die Beibehaltung der Todesstrafe, die der ursprüngliche Entwurf be-

rücksichtigt hat — in Bayern werden noch jetzt 19jährige Kinder hingerichtet (Hört! hört!) — und die Begründung des Entwurfs erklärt, man brauche die Todesstrafe jedenfalls für besonders unruhige Zeiten.

Dabei mußte an der Todesstrafe die Verständigung mit Oesterreich über das Strafgesetzbuch scheitern.

Die Zuchthausstrafe bleibt beibehalten. Beibehalten bleibt auch die soziale Umwandlung der Geldstrafe in Freiheitsstrafen, auch wenn der Beurteilte sie ohne eigene Schuld nicht zahlen kann. Die Befreiung der Geldstrafe ist im neuen Entwurf aber eingeschränkt. Der bedingte Straferlaß nur bei Gefängnisstrafen nur bis zu 6 Monaten zugelassen. Die Strafe der Einschließung soll nur den Kindern zuteil werden, die aus „achtenswerten Motiven“ handelten. Was wird unseren Richtern als achtenswert erscheinen? (Zuruf: Nur Büchling!)

Auch Radbruch bestätigt, daß aus dem Entwurf alles verschwinden ist, was ihn uns bemerkenswert machte, und über seine unzulässigen Gefahren tröstete.

Dem Mißbrauch des Reichsgerichts mit den Hoch- und Landesvertragsparagrafen bleibt Tür und Tor geöffnet.

Die Privilegien des Zweikampfes bleiben bestehen. Das Sexualstrafgesetz will noch immer Kranke mit Sittlosen bekämpfen. Die Bestrafung des Ehebruchs ist beibehalten.

Wir haben auf der sozialdemokratischen Juristenkonferenz in voller Uebereinstimmung mit den österreichischen Genossen die Forderungen aufgestellt, die in den Entwurf Aufnahme finden müssen, ehe wir dem Entwurf zustimmen können. Auf der anderen Seite werden wir nicht erlauben dürfen, daß die Fortschritte dieses Entwurfs verloren gehen.

Die Strafrechtsprobleme sind politische Probleme, unser Kampf um das Strafrecht ist ein Teil des Kampfes um die politische Macht.

Darum werden wir auch in diesem Kampf um das Strafrecht unsere ganze Kraft einsetzen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Gestern wurde hier von den Juristen gesagt, sie könnten sich nicht einigen. Die parteigenösslichen Genossen machen hierin eine erfreuliche Ausnahme. Wir haben auf unserer Tagung in Nürnberg die vorliegende Resolution einstimmig angenommen. (Heiterkeit und Beifall.) Wir bitten Sie um das gleiche als Unterstützung in unserem schweren Kampf um das moderne und soziale Strafrecht. (Lebhafter Beifall.)

Wimmer-München:

In der Frage der Bekämpfung der Wohnungsnot sind wir leider noch nicht sehr weit gekommen, diese wichtige soziale Frage ist noch an vielen Stellen ungeklärt geblieben. — Vielfach besteht keine Wohnungsnot, aber ein großes Wohnungseld infolge der Verteuerung der Wohnungswirtschaft. Arbeiter, die die Mieten nicht zahlen können, werden auf die Straße gesetzt, die Familie auseinandergerissen.

Es muß durch Reichsgesetz festgelegt werden, daß die Exträlasse aus der Mietsteuer mehr für die Bekämpfung der Wohnungsnot zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Frage der Arbeitslosigkeit wird dadurch zum Teil gelöst. Gegen jeden Versuch eines weiteren Abbaues der Wohnungszwangswirtschaft müssen wir einen Kampf in ganzen Reich entfesseln. Sehr betrübt und enttäuscht hat uns, daß unser verehrter Genosse, der Reichstagspräsident Löbe, vor einigen Wochen für einen Menschen im Reichstag eingetreten ist, der nach unserer Überzeugung nicht wert ist, als aufrechter politischer Gegner gemietet zu werden, dessen Tätigkeit wir es zu danken haben, daß die Partei in Bayern vor die allerschwersten Kämpfe gestellt wurde. Wir waren gezwungen, Abwehrmaßnahmen gegen das terroristische Treiben dieses Menschen zu ergreifen. Die Verletzung der Beschränkung durch ihn kam 1923 zur Explosion.

Man drang in die Privatwohnungen unserer Führer ein, um sie herauszuholen und sie zu erschlagen oder zu ermorden.

Der damalige Oberbürgermeister von München hätte fast das Schicksal Matteotti erlitten. Für einen solchen Menschen dürfte von unserer Seite aus mit keinem Wort eingetreten werden! Wir sind Gegner politischer Ausnahmegeetze, aber für Leute, die einen persönlichen brutalen Kampf führen, brauchen wir keinen Finger zu rühren.

Karman-München:

Die Verhältnisse im Gesundheitswesen werden auch von der Reichstagsfraktion nicht genügend berücksichtigt. Nur Genosse Antra hat seinerzeit diesen Verhältnissen grundsätzlich Rechnung getragen, so trah wie damals sind die Zustände allerdings nicht mehr, aber auch heute erregt keiner von den Angestellten und Arbeitern die Höchstmeritdientrente vor 40 Jahren. Die Verordnungen des Reiches werden von den Ländern und Städten, je nach ihrer sozialen Einstellung, verschieden durchgeführt. Ich hoffe, daß die Reichstagsfraktion das nächste Mal energischer zu diesen Fragen Stellung nimmt. Bei der Beförderungsordnung sollte dafür gesorgt werden, daß das Existenzminimum der unteren Gruppe gehalten wird.

Dr. Löwenstein-Berlin:

Wir müssen nicht nur jedes Konkordat ablehnen, sondern alle Konkordate ablehnen. Was notwendig ist, beweisen die Verhandlungen des kürzlich stattgefundenen preussischen Zentrums-tages. Dort hat der Zentrumsabgeordnete Dr. Lingsdorf als Referent erklärt,

die materiellen Verpflichtungen des preussischen Staates gegenüber der katholischen Kirche seien nicht verjährt, noch habe die Kirche jemals darauf Verzicht geleistet.

Auf Grund von Verzügen aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts habe die katholische Kirche eine Abfindung in Höhe von einer Milliarde vom Staat verlangt. Darum darf der Parteitag an der Behandlung dieser Frage nicht vorbeigehen. Wir möchten nicht, daß die Partei dadurch überrascht wird, wie bei der Hohenzollernabfindung. Die Weimarer Verfassung hat den Religionsgesellschaften das Recht der freien Vereinigung gegeben, sie können aber nicht verlangen, daß ihre Bedürfnisse auch vom Staat bezahlt werden.

Der Justizminister greift ein!

Verurteilung gegen die Schnellrichter-Urteile.

Der preussische Justizminister D. Schmidt-Linsenberg hat einen Bericht über die am Montag vor dem Einzelrichter im Polizeipräsidium verhandelten Strafsachen gegen die 23 nationalsozialistischen Versammlungsleiter eingereicht, die bekanntlich, bis auf zwei zu lächerlich geringen Geldstrafen verurteilt, sämtlich freigesprochen wurden.

Auf Grund dieses Berichts hat der Justizminister die Staatsanwaltschaft angewiesen, gegen sämtliche Urteile Berufung einzulegen.

Die Verfassung verlangt ein Reichsgesetz der Abfindung aller kirchlichen Leistungen gegenüber der Kirche.

Eine solche gesetzliche Regelung ist etwas ganz anderes als ein Vertrag in Form eines Konkordates.

Konkordate sind unbefristet dauernde Abmachungen und können ohne Willen der Kurie nicht geändert werden. Das bedeutet eine Preisgabe der Hoheitsrechte des Staates. Wir dürfen uns nicht durch die Abmachungen binden lassen, die uns auch noch für Zeiten verpflichten, in denen wir nicht mehr unter dem heutigen politischen Druck stehen. Die Schulfrage darf nicht durch Konkordate, sondern muß gesetzlich geregelt werden. Datum Hände weg von jedem Konkordat! (Lebhafte Zustimmung.)

Culje Schröder:

Der sozialen und gesundheitlichen Lage des Krankenpflegepersonals hat sich die Reichstagsfraktion und ich persönlich wiederholt angenommen. Wir sind natürlich für jedes Material über dieses Gebiet immer dankbar. Ich möchte dann eine Frage ansprechen, die von den Genossen noch nicht richtig gewürdigt und agitatorisch ausgebeutet wird. Das ist die soziale Lage der Landarbeiter, dieser Varias in der Sozialpolitik, und insbesondere die Ausbeutung der Frauen und Kinder auf dem Lande. Auf Grund des vorzüglichen Materials, das uns das Buch der Genossin Helene Simon gegeben hat, stehen wir im Kampf gegen diese Ausbeutung. Dabei stoßen wir aber auf die größte Verständnislosigkeit gegenüber dem sozialen und kulturellen Schaden.

Es ist ein geradezu tragisches Dokument, wenn der Reichsinnenminister in seiner letzten Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse auf dem Lande feststellen muß, daß die Tuberkulose und Rachitis dort eine ebenso große Rolle spielen wie in der Stadt.

Weiter zu berücksichtigen ist die ungeheure Ausbeutung der Ausbeutung der Frauen und Kinder auf dem Lande. Früh um 4 Uhr müssen die Kinder aufs Feld und kommen dann müde und abgebeut in die Schule, so daß sich die Lehrer oft scheuen, die in der Schule einschlafenden Kinder zu wecken.

Vor allem ist die Aufklärung der Landarbeiter-schaft selbst nötig. Denn sie gebrauchen noch heute dieselben Argumente für die zahlreichen Kinderarbeit, wie vor vierzig Jahren für die Kinderarbeit in der Industrie vorgebracht wurden. Gemäß brauchen die Landarbeiter den Verdienst der Kinder, aber wir müssen ihnen klar machen, daß gerade diese Ausbeutung der Kinder zu ihren eigenen schlechten Lohnverhältnissen führt. Wollen wir die Landarbeiterarbeit mit in den Kampf für den Sozialismus einfließen, so muß die Möglichkeit bestehen, daß ihre Kinder durch die Schule und Fortbildungsschule gehen, genau so wie die städtische Bevölkerung!

Heute sehen wir die Landflucht aller derjenigen, die als Kinder auf diese Art ausgebeutet worden sind und die sich aus diesen Verhältnissen herauslösen. Es liegt auch nicht in unserem Interesse, daß die besten vom Lande weggehen, um ihren Kindern das Los zu ersparen, das sie selbst erlebt haben. Das neue Arbeitsschutzgesetz nimmt auch wieder keine Rücksicht auf die ländlichen Kinder. Also wir müssen alles tun, um die Landarbeiter dazu zu bringen, für den Schutz ihrer Kinder zu wirken.

Adam-Hamburg:

Die Zentrumsfraktion hat den Vorschlag mit den Deutschnationalen nur im Hinblick auf das Schulgesetz und das Konkordat beschlossen. Gegen die drohende Schulreaktion muß das Proletariat einheitlich Stellung nehmen. Darum dürfen Spezialwünsche der Genossen in konfessionell gemischten Gegenden für die Simultanschule nicht als Richtschnur für unser Vorgehen gelten, sondern der Gedanke der weltlichen Schule muß möglichst klar und scharf herausgearbeitet werden.

Wir dürfen uns da nichts abmatten und abhandeln lassen. Wir denken an keinen neuen Kulturkampf, aber ich halte es doch für richtig, daß wir die Ablehnung jedes Konkordats scharf aussprechen. Die Gefahr ist so groß, daß der Parteitag scharf Stellung dagegen nehmen muß. Die Regelung der finanziellen Verhältnisse zur Kirche ist durchaus im Rahmen eines Reichsgesetzes möglich. Ich möchte auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß Treuen nach den Reichsinstanzen an eine Regelung dieser Dinge herangeht.

Wie können beim Reichsschulgesetz und beim Konkordat nicht Gewehr bei Fuß stehen bleiben, wenn die Gegner uns den Kampf aufzwingen.

Das bayerische Konkordat ist eine so ungeheuerliche und widerrechtliche Fesselung des Staates, daß sie nicht hätte zustande kommen dürfen. Nicht nur die Bindungen in der Schulfrage, sondern alle Bindungen im Konkordat sind gefährlich. Sie stehen im Gegensatz zu unserer grundsätzlichen Forderung von der Trennung von Staat und Kirche.

Zuherordentlich bedenklich erscheint uns auch das Berufsschulbildungsgesetz. Es fehlen darin die Angehörigen der Landwirtschaft, es fehlt die obligatorische Fortbildungsschule, es fehlt das Verbot des Lohnabzuges. Die Durchführung des Gesetzes wird den bestehenden Kammern übertragen, anstatt staatlichen Institutionen, die wir wünschen. Wie kann also der „Vorwärts“ dabei dieses Berufsausbildungsgesetz als etwas betrachtet, was unsere wesentlichen Erwartungen erfüllt! Unsere Genossen müssen diese Probleme viel besser als bisher beschauen lernen. Die existierende Frage ist, wie wir die Massen zum Kampf für die Freiheit der Schule anregen. Das wird nur gelingen, wenn die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand entschlossen sind, auch innerpolitisch alles in Bewegung zu setzen. Sehr nützlich wäre es, wenn viele proletarische Eltern schon jetzt ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden. Wir denken an keinen Kulturkampf, aber wir müssen es jedem klar machen, daß wir uns die Kulturreaktion nicht länger gefallen lassen!

Die weiteren Beratungen werden am Donnerstag vor-mittag 8,30 Uhr verlegt. Schluß nach 12 Uhr.

Nach Höring — Wirth! Zentrum und Republikaner.

Nach dem „Reichsdienst der Deutschen Presse“, einer dem Zentrum nahestehenden Korrespondenz, haben die Deutschnationalen bei der Parteileitung des Zentrums Beschlüsse über die politische Haltung des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth erhoben. Das Zentrum soll dem deutschnationalen Verlangen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, entsprochen haben.

Den Reaktionen ist der Ramm sehr geschwollen, nachdem es ihnen geglückt ist, die Reichsregierung zu einem Vorgehen gegen Genossen Höring zu bewegen. Der „Kaditalismus der Seinnungslumperei“, den Wirth kürzlich den Deutschnationalen vorgehalten hat, treibt die seltsamsten Blüten. Erst stimmen die Deutschnationalen dem Gesetz zum Schutz der Republik zu, dann veranlassen sie das Zentrum, die Republik vor den Republikanern zu „schützen“ — und die Parteileitung des Zentrums scheint nicht einmal zu merken, wozu sie mißbraucht wird.

Zwischen Rom und Belgrad haben am Dienstag direkte Verhandlungen begonnen. In Belgrad empfing Außenminister Marin-towitsch den italienischen, englischen und rumänischen Gesandten.

Das fahrende Berlin.

Verkehrsziffern. — Verkehrsmöglichkeiten. — Verkehrsausbau.

Der Ausbau des Berliner Verkehrsnetzes ist eines der allerdringlichsten Probleme, das die schnelle Entwicklung der Reichshauptstadt unserer Kommunalpolitik gestellt hat. Es nützt nichts, daß wir große Wohnungsbauprojekte an der Peripherie der Stadt in Angriff nehmen, wenn wir nicht zugleich Verkehrsmöglichkeiten für die künftigen Bewohner dieser Häuser schaffen; es nützt nichts, wenn wir in stolzen Worten von der notwendigen „Aufsiedlung“ der Großstadt reden, ohne gleichzeitig den Ausbau der Verkehrsmittel bis mitten in den Grüngürtel hinein zu fördern.

Die rückständig Berlin gegenüber den anderen Riesstädten der Welt auf diesem Gebiete bisher gewesen ist, wie lächerlich Krieg und Inflationszeit gerade hier gewirkt haben, wird nur wenigen klar zum Bewußtsein gekommen sein. Ein paar Zahlen mögen es erläutern. In Berlin benutzt durchschnittlich jeder Einwohner täglich einmal eines der öffentlichen Verkehrsmittel, in London und New York aber 1 1/4 mal, in Paris gar über anderthalbmal. Noch deutlicher wird die Rückständigkeit Berlins, wenn man die Verteilung der Fahrten auf die einzelnen Verkehrsmittel in Betracht zieht. Während in London nur ein Viertel aller Fahrten, in New York wenig mehr als ein Drittel, auf die Straßenbahn entfallen, muß der Verkehr in Berlin noch weit über die Hälfte von der Straßenbahn allein aufgenommen werden. Zweihundertmal im Jahr fährt jeder Berliner durchschnittlich auf der Straßenbahn, d. h. da wir ja Kleinfamilien, Unvollständigen und Erwerbslose sowie die reichste „Oberschicht“ in Abzug bringen müssen: das berufstätige Berlin ist noch im wesentlichen auf die Straßenbahn als alleiniges Verkehrsmittel angewiesen.

Die Vereinfachung des Verkehrs durch die von unserem Gewählten Reuter als Stadtrat inaugurierte großzügige Reform ist der erste Schritt auf dem Wege zur Besserung dieser unheimlichen Verhältnisse. Denn diese Reform erstreckt in ihrem Grundgedanken nichts anderes, als die Ueberwälzung des zurzeit noch am meisten frequentierten Verkehrsmittels zum schnelleren Ausbau der anderen, den großstädtischen Bedingungen besser angepaßten Verkehrsmittel zu verwenden. Und nirgends hat sich die Kurzsichtigkeit kommunistischer Politik und bewußte Arbeiterfeindschaft der Rechtsparteien so deutlich manifestiert, wie in dem jähem Widerstand gegen diese Reform, die keinen Ausschub mehr vertritt. Denn

die Verkehrsziffer ist im Jahre 1926 um nicht weniger als 235 Millionen gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr gestiegen, wovon allein 206 Millionen mehr beförderte Personen auf die Straßenbahn entfielen. Die Steigerung betrug allein von Januar bis Dezember 1926 fast 10 Millionen.

Die öffentlichen Verkehrsmittel stehen heute, auf der Grenzscheide zweier Epochen der Technik, am Beginn ihres Kampfes mit dem Schnellverkehrsmittel des einzelnen, dem Auto. Bieweit bereits jetzt das Fahrrad an Stelle des Massenverkehrsmittels getreten ist, läßt sich leider statistisch nicht feststellen. Aber über den Siegeszug des Autos liegen zuverlässige Zahlen vor, und auch hier tritt die Benachteiligung der deutschen Reichshauptstadt gegenüber den anderen Millionenstädten der Welt auf den ersten Blick deutlich genug hervor. Ganz Berlin beläuft im Vorjahre knapp 50 000 Kraftfahrzeuge. Dagegen führen in Paris mit seiner um eine Million kleineren Einwohnerzahl fünfmal soviel Personautos, in London 300 000, in Chicago mit ebenfalls wenig über drei Millionen Einwohnern sogar 600 000 und in New York endlich 1,2 Millionen. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet belaufen diese Zahlen, daß in Berlin jeder 80. Einwohner, in London jeder 25., in Paris jeder 12., in Chicago und New York jeder fünfte Einwohner Besitzer eines eigenen Kraftwagens ist.

Wieweit die unmittelbaren Kriegsfolgen, der niedrige Lebensstandard des deutschen Arbeiters und endlich eine falsche Zollpolitik an diesen Zahlen schuld sind, mag hier unerörtert bleiben. Jedenfalls zeigen aber diese Tatsachen, welche Bedeutung dem Ausbau des städtischen Verkehrsnetzes für die schaffenden Massen Berlins zukommt, wie sehr sie in der Frage der Verkürzung des Arbeitsweges und damit zugleich in der Frage ihrer Freizeit gegenüber den Arbeitern anderer Weltstädte zurzeit noch benachteiligt sind. Solange es noch nicht heißen kann: jedem Arbeiter sein eigenes Auto! — solange muß es jedenfalls heißen: jedem Arbeiter die technisch erreichbare schnellste Verbindung zu seiner Arbeitsstätte! Und nichts wäre verhängnisvoller, als wenn es einer arbeitserfindlichen Mehrheit im Rathause einmal gelingen sollte, das von der Sozialdemokratie angeklübelte Tempo des Ausbaus unseres Berliner Verkehrs wieder abzustopfen. Verkehrspolitik ist Politik im Interesse der arbeitenden Klasse.

Deutsch im Internationalen Arbeitsamt.

Die internationalen Abkommen in deutscher Sprache.

Genf, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am Dienstag, am Vortage der 10. Arbeitskonferenz, gelagt, um einige Geschäfte der Arbeitskonferenz endgültig vorzubereiten. Neben Kommissionsberichten von geringerer Tragweite ist auch ein Bericht des Reglements Ausschusses zur Sprachenfrage angenommen worden, der für die deutschsprechenden Völker von der größten Bedeutung ist.

Wie bekannt, war bereits in der Märztagung des Rates über zwei Anträge der deutschen Regierung verhandelt worden, von denen der erste sich auf den Uebersetzungsdienst während der mündlichen Verhandlungen der Konferenz bezog, während der zweite die Uebersetzung der Abkommen und Empfehlungen der Arbeitskonferenz betraf. Der erste deutsche Antrag wurde schon damals angenommen. Nunmehr hat der Verwaltungsrat auch dem zweiten Antrag zugestimmt, wenn auch in etwas abgeänderter Form. Danach wird der Konferenz empfohlen, von den Uebereinkommen und Empfehlungen auf Verlangen der beteiligten Regierungen eine offizielle Uebersetzung herzustellen, welche beim Generalsekretär des Völkerbundes niedergelegt wird. Diese Uebersetzungen können von den betreffenden Ländern für die Anwendung der Uebereinkommen als allen maßgebend zugrunde gelegt werden. Während bisher durch die Ratifizierung die Abkommen in ihrem amtlichen englischen oder französischen Wortlaut innerstaatliches deutsches Gesetz wurden und die deutsche Uebersetzung von den deutschen Gerichten und Behörden keine entscheidende Bedeutung hatte, wird künftig umgekehrt lediglich die deutsche Uebersetzung maßgebend sein und der fremdsprachliche Text für die Anwendung der Konvention in Deutschland völlig ausschneiden. Der Beschluß ist ohne Opposition mit 13 Stimmen und einer Reihe von Enthaltungen gefaßt worden.

Am Schluß der Sitzung beschloß der Verwaltungsrat mit 17 Stimmen, seine nächste Sitzung in der Woche vom 9. bis 16. Oktober in Berlin abzuhalten, während die Oktobertagung des nächsten Jahres in Moskau stattfinden soll.

Infolge verschiedener unvorhergesehener Umstände ist bis Dienstagabend noch kein bestimmter Kandidat für den Vorsitz der Arbeitskonferenz gefunden. Im üblichen Turnus der Ländergruppen sollte ein südamerikanischer Delegierter die Würde bekleiden. Ein Chileaner und ein Argentinier, die zuerst in Aussicht genommen waren, fielen nacheinander außer Betracht, und es scheint, daß nunmehr ein Delegierter von Uruguay als Präsident in Frage kommt.

Die Untat des Ueberläufers.

3 Jahre Zuchthaus wegen versuchten Mordes.

Der Arbeiter Friedel war ein ebenso wandelbarer wie aufgeregter Mensch. Als in Fallensee das Reichsbanner entstand, trat er ihm bei; dann wurde der rote Frontkämpferbund gegründet, und bald gehörte Friedel diesem an; er konnte sich in radikalen Redensarten nicht genug tun. Wenn irgend jemand Tätlichkeiten gegen die Stahlhelmlente das Wort redete, so war er es. Und plötzlich endete die er in sich selbst ein Stahlhelmerz; er schlug sich endlich von den Frontkämpfern zu den Stahlhelmen.

Am 12. Februar hatte der Stahlhelm in Wustermark eine Versammlung einberufen und auch die Roten Frontkämpfer zu ihr eingeladen. In dieser Versammlung kam die Leiter des Roten Frontkämpferbundes, Schablewski, der Friedel wegen dessen ständigen Gesinnungswechsels einen Lumpen. Er selbst behauptet, nur von Lumpenproletariat gesprochen zu haben. Da man ihm diese Ausdrucksweise verweigerte, erklärte er, mit Friedel so verfahren zu wollen, wie er früher selbst mit den Stahlhelmen habe verfahren wollen. Am nächsten Morgen hatte Schablewski verschiedene Gänge zu besorgen, mußte u. a. auch zur Erwerbslosenfürsorge, um dort zu stampeln. Unterwegs traf er Friedel, der einen eigenartig verdörnten Eindruck machte. Als Schablewski bereits im Begriff war, die Erwerbslosenfürsorge zu verlassen, sah er plötzlich unten an der Treppe Friedel stehen, und schon im nächsten Augenblick trachten schnell hintereinander fünf Schüsse. Drei von ihnen trafen den Schablewski. Einer durchbohrte ihm die Lunge, der andere das Schienbein, der dritte blieb am Oberarm stecken. Friedel stellte sich aber gleich hinterher bei der Polizei und erklärte, er habe Schablewski verletzt, weil dieser ihn beleidigt habe.

Wegen dieser Tat hatte sich Friedel heute morgen vor dem Landgericht II unter der Anklage des versuchten Mordes zu verantworten. Er bestrittet nach wie vor, die Absicht gehabt zu haben, Schablewski zu töten. Schon 14 Tage vorher will er sich bedroht gefühlt und deshalb einen Revolver gekauft haben. Die Drohung Schablewskis in der Versammlung habe ihn in eine derartige Aufregung versetzt, daß er die ganze Nacht nicht habe schlafen können. Er habe lange darüber gegrübelt, ob er es tun solle oder nicht, sei in Fallensee herumgerirrt und hat schließlich in seiner Erregung die Tat begangen. Hinzu käme auch seine Kriegsverletzung und seine lange Arbeitslosigkeit. Die Beweisaufnahme ergab, daß Friedel ein phantastischer Genegraph ist, der unbedingt eine Rolle spielen wollte. Der Geschädigte selbst, der acht Wochen lang im Krankenhaus bleiben mußte und noch jetzt an Atem- und Beinbeschwerden leidet, sprach ohne jede Gefährlichkeit gegen den Angeklagten und erklärte, daß ihm an einer Bestrafung gar nichts liege. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten wegen versuchten Mordes die geringste zulässige Strafe von 3 Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Das Gericht verurteilte Friedel zu 3 Jahren 1 Monat Zuchthaus unter Anrechnung von 3 Monaten Unterjuchungshaus. Es ging von der Erwägung aus, daß der Angeklagte sich seit langem mit dem Gedanken getragen habe, den Rotfrontleuten einen Dentsettel zu erteilen, so daß er seine Tat nach reiflicher Ueberlegung begangen habe.

Metallkartell.

Die Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsdelegierten der VBM-Betriebe findet nicht morgen, Donnerstag, den 26. Mai statt, sondern am Freitag, dem 27. Mai, abends 7 Uhr. Näheres im Infertenteil. Das Metallkartell.

Die Heldin von Kassel eine Schwindlerin.

Sie ist gar nicht in dem Unglückswagen gewesen.

Kassel, 25. Mai. (W.B.) Bei der Vernehmung der Verunglückten der Straßenbahnkatastrophe hat Marie Pape zugegeben, daß sie sich nicht in dem verunglückten Wagen der Linie 5 befunden hat und infolgedessen auch nicht abspringen und die zwei Kinder retten konnte. Sie sei wohl in dem Wagen, bevor dieser fahrlos abrollte, gewesen, sei dann aber wieder ausgestiegen, um sich in den Anhängern zu setzen. Nachdem das Unglück geschehen war, habe sie sich dann an die Unfallstelle begeben.

Der neue Dambruch.

Ueberschwemmungskatastrophe in Louisiana.

Baton Rouge (Louisiana), 25. Mai. (W.B.) Der Bruch des Mc.Crea-Dammes bedeutet eine außerordentliche Katastrophe. Der bisher noch verschont gebliebene Teil der reichen Anbaufläche Louisianas, auf der Zuckerrohr und Baumwolle gepflanzt wird, ist bereits überschwemmt oder wird es bald sein. Zum Glück für New Orleans liegt das neue Ueberschwemmungsgebiet auf der anderen Seite des Mississippi. Es umfaßt anderthalb Millionen Acres mit mehreren volkreichen Städten. Die Behörden haben die insgesamt 100 000 Personen zählende Bevölkerung dringend aufgefordert, das Gebiet sofort zu räumen. Infolge der neuen Katastrophe erhöht sich der Schaden um mehrere Millionen Dollar.

New York, 25. Mai. (W.B.) Hoover erklärte, daß die jüngsten weiteren Dambrüche, die einen großen Teil der Zuckerplantagen Louisianas überfluteten, die Zahl der Obdachlosen auf 600 000 brachten.

Fünf Kinder durch eine Granate getötet.

Prag, 24. Mai. (W.B.) Montagabend fanden fünf Knaben, die unweit der Gemeinde Rienschtitz bei Znaim Vieh weideten, eine nicht explodierte Granate. Als die Knaben damit beschäftigt waren, sie aus der Erde auszugraben, explodierte sie und tötete vier von ihnen auf der Stelle. Ihre Leichen wurden fürchterlich verstümmelt. Der fünfte Knabe wurde so schwer verletzt, daß er bei der Ueberführung ins Krankenhaus starb. Die Explosion war so stark, daß Teile der getöteten Knaben über fünfzig Meter weit geschleudert wurden.

Um die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau.

Ser mit dem Achtstundentag.

Bei der Durchführung des Arbeitszeitschiedspruchs für die Braunkohlenindustrie zeigt sich, daß die Unternehmer systematisch versuchen, sich von der Bezahlung der Ueberarbeit nach den Bestimmungen des Schiedspruchs zu drücken. Einzelne Werke haben schon in der ersten Woche nur die Hälfte von dem bezahlt, wozu sie verpflichtet sind. Ebenso versuchen einzelne Betriebsleitungen ihre Betriebsräte zu bewegen, die Verkürzung der Arbeitszeit noch hinauszuschieben.

Für die Arbeiter kann es nur eins geben: strikte Durchführung des Schiedspruchs. Die Betriebsräte müssen, wo sie von den Leitungen unter Druck gesetzt werden, von dem Recht der Hinzuziehung ihres Organisationsvertreter Gebrauch machen.

Im Braunkohlenbergbau ist das Prinzip des Zweischichtensystems durchbrochen. Nie wäre dieser Erfolg zu verzeichnen gewesen, stünde nicht hinter den Braunkohlenarbeitern eine starke Organisation. Diese Organisation noch mehr zu stärken und auszubauen, ist die Aufgabe der Bergarbeiter, da in absehbarer Zeit im Braunkohlenbergbau neue Kämpfe durchgefochten werden müssen.

Schiedspruch für die Bauklemper.

Der Metallarbeiterverband hatte zum 31. März sowohl den Kartelltarif wie auch das Lohnabkommen für die Berliner Bauklemper gekündigt und eine Erhöhung der Löhne gefordert. In den freien Verhandlungen kam es lediglich zu einer Verständigung über den Kartelltarif, der bis zum 31. März 1928 verlängert wurde, nicht aber in der Lohnfrage. Die Unternehmer hatten darauf den Schlichtungsausschuß angerufen, der am Mittwoch voriger Woche einen Schiedspruch fällte, der im wesentlichen folgendes besagt: Der tarifliche Stundenlohn der Bauklemper erhöht sich mit Wirkung ab 18. Mai von 1,35 M. auf 1,41 M. und ab 28. September auf 1,47 M. Für Junggelellen im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit erhöht sich der Stundenlohn für die gleichen Zeitabschnitte von 1,10 M. auf 1,15 M. bzw. 1,20 M. und für Junggelellen im zweiten Jahr nach beendeter Lehrzeit von 1,20 M. auf 1,25 M. bzw. 1,31 M. Das Lohnabkommen ist mit vierzehntägiger Frist zum Schluß eines jeden Monats, erstmalig am 27. März 1928, kündbar. Die Erlösungsfrist für diesen Schiedspruch läuft bis zum 27. Mai.

Ueber die Verhandlungen mit den Unternehmern über diesen Schiedspruch berichtete am Dienstagabend in einer gut besuchten Versammlung der Bauklemper im Verbandshaus der Metallarbeiter Genosse Dietrich vom Metallarbeiterverband. Die Versammlung stimmte nach einer längeren Debatte dem Schiedspruch zu. Die Stellungnahme der Unternehmer steht noch aus.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelbäcker; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: R. S. Wäcker; Gekultus und Confessions: Fritz Kautzsch; Auswärtige: Th. Gled; Familie in Berlin: Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Achtung! Metallkartell Achtung!
Freitag, den 27. Mai, abends 7 Uhr,
im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23
Versammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsrats-Delegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmenvertrag.
Zuhört nur gegen Vorzeigung der mit dem V.B.M. G. - Beispiel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallkartell angeschlossenen Organisation.

Ein Mordsmädel
Courcoura-Palast, Andreasstraße 64
Vom 24. bis 26. Mai
Krause-Pianos zur Miete
W36, Ansbacherstr. 1

Am roten Dreieck

Fabrik-Oscar, Marke-Dörffler, Bünde
sind die rühmlichst bekannten
Dörffler Würstchen
zu erkennen

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnboyan am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichbesändige Tapeten mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch wasserdichten Engrosbezug 40% Ersparnis! — Der weisse Weg lohnt!

SANTA LUCIA
Feurig süßer Stärkungswein
in Feinkosthandlungen und Apotheken
Engros: J. F. Rauch Aktien-Ges., Berlin N 4

Auf zum Wochenende
ins
Freibad Müggelsee!
Bahnhofstation Berlin-Rahnsdorf, Straßenbahn 84 u. 187, Vollständig neu erbaut und hergerichtet, mitten im herrlichen Hochwald gelegen. Für alle Bedürfnisse u. Bequemlichkeiten ist im Bad bestens gesorgt.
Restaurationsbetrieb / Kaffeeküche
Obst, Milch, Fleisch, Backwaren usw. zu Ladenpreisen. — Strandkörbe, Liegestühle, Ruderboote, sowie eine Wasserrutschbahn vorhanden. Badwäsche-Verleih.
Eintrittspreis:
Erwachsene 10 Pf., Kinder 5 Pf.
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanfrage des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**